

perspektiven

Rundbrief der LOBBI Ausgabe 2 / Sommer 2008

„Endstation Pölchow“ - Noch keine Anklage gegen NPD-Kader **Hessisches Funktionärsehepaar zieht nach Mecklenburg-Vorpommern** Minderjährige als Opfer rassistischer Gewalt - Interview mit Eben Louw **Kultur für alle - Drohungen gegen Punkfestivals** Prozess ohne Opfer - Drohende Abschiebung verhindert Teilnahme an Verhandlung **Zielgerichtete Einschüchterung - Serie rechter Farbanschläge**



LOBBI

Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Leserin,
lieber Leser,

wir möchten an dieser Stelle an Bernd K. erinnern. Im uckermärkischen Templin wurde am 22. Juli der leblose Körper des obdachlosen Tischlers entdeckt. Zwei Angehörige der rechten Szene werden verdächtigt, den 55-Jährigen durch Fußtritte gegen den Kopf umgebracht zu haben. Das Motiv ist unklar. Die Staatsanwaltschaft vermutet, dass die 18- und 21-jährigen Täter sich ein „vermeintlich schwaches, am Rande der Gesellschaft lebendes Opfer“ auswählten. Bernd K. ist damit wahrscheinlich das 138. Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freundinnen.

Aus einer Gruppe von etwa 100 Rechten, die sich auf dem Weg zu einem NPD-Aufmarsch nach Rostock befanden, wurden am 18. Juni des letzten Jahres am Bahnhof Pölchow etliche Menschen brutal angegriffen. Seitdem ist dieser Überfall ein besonders komplizierter Bestandteil in der Beratungstätigkeit der LOBBI, mit dem zeitweise alle BeraterInnen beschäftigt sind. Einerseits handelt es sich um einen äußerst gewalttätigen Angriff, von dem sehr viele Menschen aus verschiedenen Bundesländern betroffen sind. Andererseits gehörten einige Angegriffene lange zum Beschuldigtenkreis der Polizei, während die rechten Gewalttäter weitgehend strafflos davonzukommen scheinen. Die Journalistin Heike Kleffner stellt in dieser Ausgabe die Situation ein Jahr nach dem Gewaltexzess dar.

Impressum:
PERSPEKTIVEN / August 2008
Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly Schanzen Str. 2
17033 Neubrandenburg / 0395 455 07 18
mail@lobbi-mv.de / V.i.s.d.P.: Kay Bolick

Foto: LOBBI / Bahnhof Pölchow

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per mail erhalten wollen.

Prozess ohne Opfer

Am 11. Juni fand vor dem Landgericht Rostock die Berufungsverhandlung gegen einen rassistischen Schläger statt. Der Betroffene des Angriffs war zu diesem Zeitpunkt schon seit drei Monaten nicht mehr in der BRD.

Der aus dem Irak stammende Flüchtling wurde in den Abendstunden des 10. August 2006 in Bad Doberan zunächst beschimpft und mit einer Flasche beworfen. Anschließend wurde er von zwei Männern zusammengeschlagen und erlitt dabei u.a. eine Nasenbeinfraktur.

Im Prozess vor dem Amtsgericht Bad Doberan am 4. September 2007, wo einer der Angreifer zu einer Haftstrafe von einem Jahr und zwei Monaten verurteilt wurde, trat der Betroffene als Nebenkläger auf.

Wenige Tage vor der Verhandlung gegen den zweiten Schläger, die am 31. März dieses Jahres stattfand, reiste der junge Mann in den Irak aus. Er kam damit einer drohenden Abschiebung zuvor und beendete seinen neunjährigen Aufenthalt in der BRD. In dieser Zeit wurde ihm ein gesicherter Status immer wieder verwehrt, obwohl er als Christ im Irak akut bedroht ist.

Schon seit Jahren fordert der Verbund der ostdeutschen Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt ein Bleiberecht für Opfer rassistisch motivierter Angriffe. Eine solche Regelung verhindert Situationen wie bei den Prozessen vom 31. März und 11. Juni, in denen der Betroffene weder als Zeuge zur Verfügung stand, noch seine Rechte als Nebenkläger persönlich wahrnehmen konnte.

Vor allem wäre jedoch ein Bleiberecht eine deutliche Positionierung des Staates auf der Seite der Betroffenen und ein ebenso klares Signal an die Täter. ■

Szeneladen-Betreiber vor Gericht

Am 23. April verurteilte das Rostocker Amtsgericht den ehemaligen Geschäftsführer des rechten Geschäfts EAST COAST CORNER (ECC) Thorsten de Vries wegen versuchter Nötigung zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen á 20 Euro.

Der 46-jährige Neonazi aus Hamburg hatte im Juni 2007 eine junge Frau, die in unmittelbarer Nähe des ECC wohnte, zunächst wiederholt beleidigt und belästigt. Schließlich schlug und trat er mehrfach gegen ihren PKW. Dabei beschimpfte de Vries sie erneut und drohte ihr, dass sie lieber aus Rostock wegziehen solle, da er sie ansonsten „plattmachen“ werde. Im Prozess wurde de Vries vom bundesweit bekannten rechten Anwalt Jürgen Rieger vertreten, der zwischenzeitlich auch zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD gewählt wurde. Beide traten im Prozess äußerst ungestüm auf und beschimpften Staatsanwalt und Gericht. De Vries bedrohte außerdem mehrmals BesucherInnen der Verhandlung. ■

NPD-Mann wegen Körperverletzung verurteilt

Andreas Theißen ist Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Westmecklenburg und arbeitet für den Ordnerdienst der Partei. In dieser Funktion war er am Abend des 17. September 2006 auf einem Treffen der Partei in Schwerin tätig, auf dem der Erfolg bei den Landtagswahlen gefeiert werden sollte. Ein Kameramann des NDR filmte die aggressiv auftretenden Neonazis. Dies versuchte Theißen nach Auffassung des Amtsgerichtes Schwerin zu verhindern und ging tätlich gegen den Journalisten vor. Dafür wurde er am 28. Mai dieses Jahres wegen vorsätzlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung zu einer Geldstrafe von 1.000 Euro verurteilt. ■

Kultur für alle

Landauf, landab finden in den Sommermonaten Konzerte, Festivals und Open-Air Partys in Mecklenburg-Vorpommern statt. Auch alternative Gruppen veranstalten derartige Events für ihre Freundeskreise, Gäste aus dem ganzen Land und TouristInnen. Für die OrganisatorInnen solcher Musikveranstaltungen gehört die Auseinandersetzung mit der Möglichkeit rechter Angriffe auf BesucherInnen leider regelmäßig mit zu den Vorbereitungen. Während die Aktiven sich davon nicht einschüchtern lassen wollen, sieht das bei einigen Ordnungsämtern anders aus.

„Plant Aktionen“

Anfang Mai teilte das Ordnungsamt Gadebusch den Aktiven des Vereins KULTUR UND TOLERANZ (KuT) mit, dass ein für den 17. Mai angemeldetes Open Air Konzert nicht genehmigt wird. Begründung: Die Lage in der Stadt sei zu angespannt und man wolle der rechten Szene kein erneutes Angriffsziel bieten - vier Tage zuvor hatten etwa 15 Neonazis eine Gruppe Jugendlicher angegriffen. Sie prügeln einen jungen Mann in die Bewusstlosigkeit und verletzten zwei Frauen mit Elektroschockern. Die Betroffenen gehören zum Umfeld des KuT, der in der Stadt einen selbstverwalteten Jugendtreff betreibt. Außerdem hatte die Polizei Bedenken angemeldet, da im 30 Kilometer entfernten Wismar gleichzeitig eine Party zum zweijährigen Bestehen des rechten WERWOLFSHOP geplant sei.

Fast zur gleichen Zeit untersagte die Stadt Parchim ein für den Juni geplantes zweitägiges Punkfestival, da es im Jahr 2007 auf zwei Stadtfesten zu Ausschreitungen durch Rechte gekommen sei. Der Veranstalter des PUNK AM RING wick daraufhin auf ein Gelände in Wöbbelin aus. Einen Tag vor Beginn des Festivals, auf dem 21 Bands auftreten wollten, teilte ihm das Ordnungsamt mit, dass er auch an diesem Ort die Veranstaltung absagen müsse. Im nahe gelegenen Neustadt-Glewe mobilisiere die rechte Szene per SMS, in der es u.a. heißt: „Plant Aktionen und leistet Widerstand. Nur so können wir diesen verdorbenen Idioten zeigen, dass Neustadt unsere Stadt ist und auch bleiben wird...“

Erschreckende Logik

Beide Veranstaltungen konnten nach langwierigen Verhandlungen bzw. Neuanmeldungen letztendlich stattfinden. Und tatsächlich wurden BesucherInnen vom PUNK AM RING auf dem Weg dahin in Neustadt-Glewe von Rechten angegriffen.

Die Logik, die hinter dem Vorgehen der lokalen VerantwortungsträgerInnen zu stehen scheint, ist jedoch erschreckend. Rechtsmotivierte Angriffe bzw. deren Ankündigung werden nicht zum Anlass genommen, die Opfer zu stärken und deren Sicherheit zu gewährleisten. Wenn die Betroffenen jedoch zusätzlich in ihrem eigenen Engagement behindert werden, weil BehördenvertreterInnen Angst vor erneuten Angriffen von Neonazis und damit verbundenen negativen Schlagzeilen haben, so kommt dies einer Bankrotterklärung nahe, durch die sich die rechten Schläger fast zwangsläufig bestärkt fühlen müssen. Denn sie gehen gezielt gegen alternative Jugendliche vor, um sie einzuschüchtern und aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Die Jugendlichen, die sich ihnen in den Weg stellen, sind zu Recht empört und fühlen sich doppelt bestraft, weil sie von rechtsmotivierter Gewalt betroffen sind.

Kulturveranstaltungen gehören in ihrer ganzen Bandbreite zum zivilgesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern - neben Festspielen, Volksfesten und Konzerten eben auch subkulturelle Events, wie die in Wöbbelin oder Gadebusch. Deshalb müssen entsprechende Konzerte stattfinden können - trotz oder gerade nach Drohungen der rechten Szene. ■

Boizenburg / 25. April 2008

Ein alternativer Jugendlicher wird an einer Bushaltestelle von drei Rechten beschimpft und angegriffen. Sie halten den 16-jährigen Schüler fest, schlagen und treten mehrmals auf ihn ein. Die alarmierte Polizei kann noch vor Ort die Identität der Angreifer feststellen.

Bad Kleinen / 01. Mai 2008

Nach einem Neonaziaufmarsch in Hamburg kommt es in einem Zug auf dem Bahnhof Bad Kleinen zu einem brutalen Angriff. Aus einer Gruppe von ca. 60 Rechten werden mehrere Jugendliche attackiert, die sich an den Protesten gegen den Aufmarsch beteiligt hatten und auf der Heimreise waren. Mindestens drei Personen werden verletzt, eine von ihnen erleidet Schnittwunden, als sie von einem Rechten mit einer Flasche geschlagen wird.

Gadebusch / 01. Mai 2008

Eine größere Gruppe Rechter greift acht alternative Jugendliche in der Nähe einer Tankstelle an. Sie schlagen und treten einen jungen Mann. Zwei junge Frauen werden mit einem Elektroschocker attackiert und verletzt. Die Betroffenen versuchen zu fliehen, werden jedoch verfolgt und mit Flaschen beworfen. Der junge Mann wird erneut angegriffen und bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen und getreten. Die Rechten waren tagsüber bereits aufgefallen, als sie mit einem „Herrentagswagen“ durch die Stadt fuhren, von dem Rechtsrock schallte und der mit einer schwarzen Puppe und der mit einer schwarzen Puppe an einem Galgen „dekoriert“ war.

Wismar / 10. Mai 2008

Ein Rechter beleidigt drei Männer und eine Frau auf dem Bahnhof mit rassistischen Beschimpfungen. Er zeigt den Hitlergruß und bedroht die palästinensischen und kuwaitischen Bahngäste mit einem Schlagstock.

Minderjährige als Opfer rassistischer Gewalt

Wismar / 29. Mai 2008

Zwei indische Händler werden im Stadtteil Wendorf von einem Rechten rassistisch beschimpft und mit einem Schlagstock bedroht.

Malchin / 05. Juni 2008

Auf dem Bahnhof wird ein Togolese mit ausländerfeindlichen Parolen bedroht und beschimpft. Die Tatverdächtigen, zwei Malchiner und eine Malchinerin, werden noch vor Ort von der Polizei gestellt.

Kamminke / 15. Juni 2008

In der Nähe des Kamminker Hafens versperren vier als kahlköpfig beschriebene, Männer mit ihrem Auto den Weg eines polnischen Ehepaars, nachdem sich diese in einer Seitenstraße verfahren hatten. Einer der Deutschen rüttelt an der Tür, bespuckt das Auto und sagt etwas wie „polnische Schweine“, so das Ehepaar. Die Betroffenen fühlen sich bedroht und rufen die Polizei zur Hilfe.

Güstrow / 09. Juli 2008

In der Nacht wird in der Stadt ein Asiambiss mit einem Hakenkreuz beschmiert und angezündet. Er brennt komplett aus. Wenige Tage zuvor gab es bereits einen ähnlichen Brandanschlag auf den Imbiss einer vietnamesischen Familie. Die Polizei stellt beide Anschläge auch in Zusammenhang mit der Schändung des jüdischen Friedhofs, die am 17. Juli entdeckt wird. Nur zwei Tage später marschiert die NPD mit ihren AnhängerInnen durch Güstrow.

Mirow / 15. Juli 2008

Auf einem Friedhof für Opfer der Roten Armee aus dem 2. Weltkrieg werden 34 Grabsteine umgestoßen und zum Teil beschädigt. Schon vier Monate zuvor waren Gräber auf ähnliche Weise geschändet worden.

Die Unterstützung von Kindern und sehr jungen Jugendlichen nach rassistischen Angriffen ist für die BeraterInnen der LOBBI regelmäßig mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Oft wird die Gewalt als „normale“ Auseinandersetzung zwischen Kindern eingeschätzt, bei minderjährigen Tätern fehlt meist die Möglichkeit rechtlicher Sanktionen und die Beratung schließt neben den direkt Betroffenen fast immer auch die Eltern mit ein. Über die besondere psychische Situation von Minderjährigen nach rassistischer Gewalt und deren Folgen sprach PERSPEKTIVEN mit Eben Louw. Der Psychologe begleitet Gewaltopfer u.a. beim Partnerprojekt der LOBBI in Berlin REACH OUT. Der gebürtige Südafrikaner arbeitete mehrere Jahre in London in einem Krankenhaus und als Dozent an der Metropolitan University. Seit 10 Jahren ist er als Trainer, Dozent und Berater in Deutschland tätig.

Herr Louw, kann bei Auseinandersetzungen unter Kindern überhaupt von rassistischer Gewalt gesprochen werden?

Ja, ich denke schon, denn vor allem für die Betroffenen fühlt es sich so an. „Normales“ Bullying wird hier verstärkt durch gesellschaftlich verankerte Vorurteile und Abwertungen gegenüber bestimmten Gruppen. Sicher kann man in diesem Alter nicht von einem internalisierten Rassismus ausgehen. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, dass Kinder Begrifflichkeiten und Handlungsweisen ausprobieren, die sie bei ihren Eltern und anderen wichtigen Bezugspersonen kennengelernt haben. Dazu gehören dann eben auch Stereotype aus der Erwachsenenwelt, welche die Kinder auf der kognitiven Ebene übernehmen.

Welche psychischen Aspekte spielen bei sehr jungen Betroffenen im Gegensatz zu erwachsenen Gewaltopfern eine Rolle?

Der bedeutsamste Unterschied sind für mich die Bewältigungsmöglichkeiten von traumatischen Erlebnissen. Während Erwachsene meist psychische und soziale Strategien finden, um mit diesem Einbruch einen adäquaten Umgang zu finden, ist bei sehr jungen Menschen ein solches Verarbeitungsgerüst noch nicht entwickelt. Eine gereifte Persönlichkeit kann die Gewalterfahrung als isoliertes Ereignis betrachten. Kinder hingegen nehmen den Bedrohungsstatus erfahrungsgemäß als überwältigend, unlösbar und langanhaltend wahr. Zudem besteht die Gefahr, dass derartige Erfahrungen die weitere Entwicklung und Identitätsbildung negativ beeinflussen. Das Gefühl, ein „Opfer“ zu sein oder die Zuschreibungen der Täter können dauerhaft ins Selbstbild integriert werden.

Wie stellt sich die besondere Situation von jungen MigrantInnen dar, speziell von Flüchtlingskindern?

Zunächst einmal haben ja MigrantInnenkinder allgemein kaum Einflussmöglichkeiten auf ihr „Opfermerkmal“ wie Hautfarbe, Sprache oder Herkunft. Insbesondere die Lebensbedingungen von Familien, die sich im Asylverfahren befinden, sind außerdem von rechtlicher Unsicherheit, mangelnden Zukunftsaussichten, schwierigen Wohnverhältnissen und Eintönigkeit geprägt. Zu bedenken sind auch mögliche psychische Vorbelastungen durch Gewalt- und Bedrohungserlebnisse in den Herkunftsländern. Vielfach haben die erwachsenen Familienmitglieder ebenfalls schon Rassismuserfahrungen in Deutschland gemacht – von subtilen Diskriminierungen bis hin zur Gewalt. Nicht zuletzt managen die Kinder durch bessere Deutschkenntnisse oft die Alltagsprobleme der ganzen Familie. Diese Gesamtsituation stellt nicht nur eine Überforderung dar. Sie führt auch dazu, dass Kinder eigene Verletzungen und Bedürfnisse in den Hintergrund stellen und nicht die nötige Beachtung erfahren.

Können Sie Eltern, MitarbeiterInnen von Schulen und Kindergärten oder anderen Beteiligten Empfehlungen geben, wie hilfreich nach derartigen Gewalttaten unterstützt werden kann?

Wichtig ist, dass der Situation der betroffenen Kinder Aufmerksamkeit geschenkt wird. Elterliche Zuneigung und körperliche Nähe können das verletzte Sicherheitsgefühl wieder herstellen. Auch Geduld ist angebracht. Reizbarkeit, Unkonzentriertheit oder Aggressivität können Folgen des Erlebnisses sein. Die Verhaltensänderungen sollten beobachtet und behutsam thematisiert werden. Die Zusammenarbeit von Eltern und Schule ist ebenso wichtig, wie sich über das Problemfeld zu informieren. Fachliteratur, Weiterbildungskurse oder die Inanspruchnahme von Beratungseinrichtungen bieten dafür Möglichkeiten. Allerdings ist zu beachten, nicht nur den Blick auf Opfer und Täter zu richten. Zum einen kann eine übermäßige Fokussierung für die Betroffenen unangenehm werden und kontraproduktiv wirken. Andererseits sind ja rassistische Einstellungen auch kein individuelles Problem, sondern gesellschaftliche Realität. Empfehlenswert ist deshalb, natürlich schon präventiv mit kind- und jugendgerechten Methoden die gegenseitige Akzeptanz und Achtung in Schule und Kindergärten zu fördern. ■

Zielgerichtete Einschüchterung

Rechte Schmierereien werden als Sachbeschädigung oder als Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verfolgt. Tatsächlich wirken sie in vielen Fällen aber als konkrete Bedrohung für die Betroffenen. Eine ganze Serie rechtsmotivierter Sprühaktionen in letzter Zeit spricht für ein geplantes Vorgehen von Neonazis, um politische GegnerInnen, MigrantInnen sowie Juden und Jüdinnen zielgerichtet einzuschüchtern.

Das Haus, in dem sich das Büro der Linkspartei-Landtagsabgeordneten Birgit Schwebs in Bad Doberan befindet, wurde beispielsweise am 18. Juni mit Teer und brauner Farbe beschmiert. Einen Monat zuvor war das Gebäude schon einmal Ziel eines Anschlags. Damals sprühten Unbekannte mit Schablonen den Schriftzug „NS-Revolution“. Die Anschläge zeigen deutliche Parallelen zu einer Attacke auf des Büro des SPD-Bundestagsabgeordneten Christian Kleiminger in Rostock, der am 24. Juni stattfand. Dort hatten vermutlich Mitglieder der Gruppe NATIONALE SOZIALISTEN ROSTOCK ebenfalls mit Farbe gefüllte Flaschen eingesetzt. Außerdem besprühten sie Gebäude des Vereins ALTERNATIVES WOHNEN IN ROSTOCK. Unbekannte beschmierten Ende April das Greifswalder Rathaus mit einem Hakenkreuz und dem sich gegen den CDU-Oberbürgermeister Arthur König richtenden Schriftzug „Verräter, König köpfen“. In Neubrandenburg wurden nach einer NPD-Demonstration Wahlplakate des Oberbürgermeisters Paul Krüger (CDU) mit Hakenkreuzen bemalt. Am 17. Juli wurden in Lübz zwei Gastronomiebetriebe und ein Textilgeschäft von aus Indien, Vietnam und der Türkei stammenden Betreibern mit Hakenkreuzen und Farbe verunstaltet. In den Vortagen waren Asia-Imbisse in Güstrow Ziel von Sprühereien und Brandstiftungen. Ebenfalls in Güstrow besprühten Unbekannte jüdische Grabsteine mit Nazisymbolen, die auch bei einer antisemitischen Friedhofsschändung in Rostock im März verwendet wurden.

Offt bleiben die Betroffenen nicht nur mit der Bedrohung, sondern auch mit den Kosten allein. Dabei sind Anteilnahme, Solidarisierung und unbürokratische Hilfe bei der Beseitigung von Parolen und Symbolen einfache und praktische Wege, der Einschüchterungstaktik der Neonazis etwas entgegenzusetzen. ■

Zierow / 20. Juli 2008

Nach einem Dorffest wird ein 46-jähriger überfallen und dabei geschlagen und getreten. Zuvor hatte er sich über die Anwesenheit einer Gruppe Rechter im Festzelt beschwert, die den Aufdruck WERWOLFE WISMAR an ihrer Kleidung trugen.

Ückeritz / 22. Juli 2008

Auf dem Zeltplatz des Ortes greift in den frühen Morgenstunden eine Gruppe Rechter kurz hintereinander mehrere Urlauber an. Ein 18-jähriger Berliner wird durch Schläge im Gesicht verletzt, weil er und seine Begleiter die Parolen (u.a. „In Buchenwald, da machen wir die Juden kalt“) der Gruppe kritisiert hatte. Eine weitere Berliner Campergruppe wird umstellt und wegen ihrer Handymusik und des Mitführens einer Shisha beschimpft. Ein Jugendlicher erhält einen Schlag ins Gesicht und wird an der Nase verletzt. Auch ein weiterer jugendlicher Urlauber wird geschlagen, weil er sich beschwert, dass die Gruppe sein Campingmobiliar und Getränke unerlaubt nutzte. Die Polizei nimmt noch in der Nacht vier Tatverdächtige aus Pasewalk vorläufig fest.

Malchin / 08. August 2008

In den Nachtstunden werden Jugendliche auf einem Parkplatz von etwa zehn Mitgliedern der rechten Szene überfallen. Dabei werden drei Malchiner geschlagen, einer von ihnen leidet nach einem Tritt gegen den Oberkörper an einer Lungenprellung mit Atembeschwerden und wird drei Tage im Krankenhaus behandelt.

„Endstation Pölchow“

NPD-Kader ziehen nach M-V

Aus Hessen sind im Juli die langjährigen Gemeinde- und Kreistagsabgeordneten der NPD Doris und Alfred Zutt nach Waren umgesiedelt. Doris Zutt ist seit 1992 Mitglied der Partei und gehörte zeitweise dem Bundesvorstand an. Alfred Zutt wurde im November des letzten Jahres wegen Volksverhetzung verurteilt. Er hatte in einem offenen Brief behauptet, das „Judentum“ hätte den Zweiten Weltkrieg begonnen.

Hierzulande ist die Familie schon seit den 90er Jahren tätig. Doris Zutt beteiligte sich an Aufmärschen in Greifswald, Neustrelitz sowie Rostock und kandidierte 2001 erfolglos bei den Bürgermeisterwahlen in Waren. Ihr Sohn Michael Häußner übernahm im Sommer 2006 das NPD-Mandat im Kreistag des Müritzkreises. Dort blieb er allerdings ebenso unauffällig wie sein Vorgänger Sven Kuschnerreit, der bei den Kommunalwahlen 2004 4,1 % der Stimmen erhielt. Die Familie betreibt schon seit 1999 in der Warener Mozartstraße ein Geschäft mit rechten Kleidungsmarken und CDs. Mittlerweile trägt der Laden den Schriftzug DICKKOEPP und fungiert wie ein gleichnamiges Neonazigeschäft in Rostock als NPD-Wahlkreisbüro. Als Grund für den Umzug gaben die Zutts an, in Hessen würden „immer mehr Sinti und Kopftücher das Straßenbild prägen“, während man in Mecklenburg-Vorpommern „noch Deutscher unter Deutschen sein kann“. Neben beruflichen und Altersgründen dürfte auch die deutlich gesunkene Unterstützung der NPD in Hessen eine Rolle spielen.

Doris Zutt kündigte an, sich auch in Mecklenburg-Vorpommern in der NPD zu engagieren und erklärte, dass sie bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr für einen Listenplatz zur Verfügung stehe.

Ende Juni 2007 schlugen Neonazis alternative Jugendliche in einer Regionalbahn zusammen. Ein Jahr danach hat die Staatsanwaltschaft noch immer keine Anklage gegen mutmaßlich beteiligte NPD-Kader erhoben.

Das große Wort führte an diesem Tag auf dem Bahnhof von Pölchow vor allem einer: Udo Pastörs, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag. Man sei von „Linkschaoten“ angegriffen worden, behauptete er nach Aussagen von Augenzeugen gegenüber den Beamten. Als Beweis gebe es auch Videoaufnahmen, sagte Pastörs. Dann drängte der rechte Funktionär zur Weiterfahrt. Denn in Rostock wollte die NPD an diesem Tag „gegen linke Gewalt“ demonstrieren und „die Kameraden“ warteten schon. Tatsächlich durften Pastörs & Co weiterreisen. Mit im Zug: Einige ihrer Opfer, die nach eigenen Angaben von Polizeibeamten gezwungen wurden, wieder mit den Neonazis in die Bahn zu steigen. Nach einer Personalienfeststellung am Rostocker Bahnhof konnten die NPD-Anhänger wie geplant ihren Aufmarsch durchführen.

Zu den Ereignissen in der Bahn existieren sehr unterschiedliche Darstellungen: Da sind zum einen die Neonazis, die sich wahlweise als Opfer oder als „Sieger“ einer Auseinandersetzung mit „Linksfaschisten“ präsentieren - meist aber als letzteres. So wie beispielsweise die KAMERADSCHAFT MALCHIN, die sich auf ihrer Website brüstet: „Ob im RE-Zug in Pölchow oder dem linken Studentenviertel, die Nationale Opposition hat (...) auf allen Ebenen einen klaren Sieg davon getragen.“

Ebenfalls beteiligt: Bundespolizei und Landespolizei, die - je nach Einsatzort - zwei entgegengesetzte Versionen des Geschehens verfolgten. Eine Gruppe von Beamten geht sehr bald von einem Angriff einer zahlen- und kräftemäßig überlegenen Gruppe von Neonazi-Schlägern aus dem gesamten Bundesgebiet auf unbewaffnete alternative Jugendliche und junge Erwachsene aus. Andere Beamte übernehmen sofort die Version des NPD-Fraktionsvorsitzenden.

Ein Dutzend Verdächtige von „Links“

Tatsächlich leitete die Staatsanwaltschaft Rostock Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs gegen zwölf Männer und Frauen ein, die Polizeibeamte aufgrund ihres Äußeren der linken Szene zugeordnet hatten. Die zwölf waren gemeinsam mit rund 30 anderen zum Teil erheblich verletzten Jugendlichen und unbeteiligten Reisenden von Polizisten in der Nähe einer Kleingartensiedlung bei Pölchow festgestellt worden. Die Kleingärtner hatten einigen Blutenden erste Hilfe geleistet, dann nahmen die Beamten die Personalien aller auf und filmten sie. Bei den Neonazis verzichteten die Polizisten an diesem Tag weitgehend auf Video- und Bildaufnahmen. Fragt man Oberstaatsanwalt Peter Lückemann, Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Rostock, was die Strafverfolgungsbehörden im vergangenen Jahr an Beweisen gegen die zwölf Beschuldigten gesammelt haben, wird es still am Telefon. Dann sagt Lückemann, mangels dringenden Tatverdachts habe man die Ermittlungen gegen elf der zwölf „Linken“ gerade eingestellt.

Fragt man Klaus K. (Name geändert) und andere Augenzeugen nach ihrer Erinnerung an die Fahrt mit der S-Bahn, ist die erste Reaktion ebenfalls Stille - aber eine angespannte. Dann sprudeln die Erinnerungen: Von dem gemeinsamen Besuch des alternativen Festivals „Fusion“ an der Müritz und dem spontanen Entschluss, von dort aus zu einer Anti-NPD-Kundgebung nach Rostock zu fahren. Die rund 60 FestivalbesucherInnen stiegen in Schwaan in ein fast leeres S-Bahnabteil ein. Irgendjemand habe dort ein halbes Dutzend Rechte entdeckt, erinnert sich Klaus K. Die sechs Männer seien dann in Pölchow aus dem Zug gedrängt worden, ohne Gewaltanwendung. Klaus K. sagt, er sei völlig überrascht und geschockt gewesen, als plötzlich mehrere Dutzend, überwiegend in Thor-Steinar-Shirts und in Schwarz gekleidete Neonazis,

teilweise mit Sonnenbrillen und Tüchern ver mummt, von draußen Gleisbettsteine in den S-Bahnzug warfen und in die Abteile drängten.

Panik kam auf, als diese Männer mit äußerster Brutalität auf alle im Zug losgegangen seien, die irgendwie als „Linke“ oder „Alternative“ identifizierbar waren. Dabei seien Sprüche gefallen wie „Ihr kommt hier heute nicht mehr raus“, „Jetzt gibt’s richtig aufs Maul“ und „das ist hier wie im Krieg“. Viele erinnern sich an den unvermummten Anführer der Rechten, der durch seine gegelten, halblangen Haare, sein Alter und seine autoritären Kommandos auffiel und den einige noch vor Ort als Michael Grewe (40), Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Schwerin identifizierten. Von Zaunlatten und mit Quarzsand gefüllten Handschuhen, von Fußtritten und Glasflaschen, mit denen Gruppen von Rechten sich über einzelne Opfer hermachten, ist die Rede.

Klaus K. erinnert sich an ein schreiendes Kleinkind, das von Glassplittern getroffen wurde, als Neonazis eine Scheibe einschlugen. Gemeinsam mit anderen Reisenden konnte er das Kind und dessen Mutter vor weiteren Verletzungen schützen. Nichts tun dagegen konnte er, als zwei Neonazis immer weiter auf einen schon am Boden liegenden, blutenden jungen Mann eintraten und ihn schwer verletzten.

In dem polizeilichen Abschlussbericht findet sich eine Version der Ereignisse, die den Erinnerungen von Klaus K. sehr nahe kommt. Auf die Frage an Peter Lückemann, warum die Staatsanwaltschaft Rostock angesichts dieses polizeilichen Ermittlungsergebnisses so lange gegen die zwölf Linken ermittelt habe, wird der Oberstaatsanwalt nebulös. Es gebe dafür einen „neutralen Zeugen“, der eine „verlässliche Aussage“ abgegeben habe. Auch auf die nächsten Fragen antwortet der Oberstaatsanwalt nur spärlich: Was ist eigentlich aus den Videoaufnahmen geworden, die Udo Pastörs bereitwillig der Polizei angeboten hatte? Zumal viele Zeugen davon berichteten, wie Neonazis das Geschehen mit Handykameras aufnahmen. Oberstaatsanwalt Lückemann sagt, es gebe keine Videoaufnahmen: Nein, die Neonazis seien trotz entsprechender Hinweise durch Zeugen nicht an Ort und Stelle durchsucht worden - „das wäre unverhältnismäßig gewesen“, so Lückemann. Nachträgliche Hausdurchsuchungsbefehle habe es auch nicht gegeben.

Internet-Fahndung nach polizeibekanntem Neonazi

Und warum hat der polizeiliche Staatsschutz in Rostock, der für die Bekämpfung von Straftaten von Rechts zuständig ist, im Frühjahr 2008 im Internet mit einem Foto die Öffentlichkeit um die Identifizierung von Michael Grewe gebeten? Der Staatsanwalt sagt, die Beamten hätten nicht gewusst, dass es sich bei der „unbekannten, männlichen Person“ auf dem Foto um einen NPD-Landtagsmitarbeiter gehandelt habe. Grewe erlangte eine gewisse Berühmtheit, weil Polizisten in den 1990er Jahren in seiner damaligen Wohnung eine Maschinenpistole und 1300 Schuss Munition fanden. Oberstaatsanwalt Lückemann sagt, die Internet-Fahndung sei „auf empörte Reaktionen gestoßen“.

Innenminister Lorenz Caffier (CDU) hatte nach den Ereignissen von Pölchow vor einem Jahr „schnelle Aufklärung“ versprochen. Darauf müssen Klaus K. und andere Opfer wohl noch eine Weile warten. Die Staatsanwaltschaft Rostock ermittelt noch gegen zwei weitere Neonazis aus Norddeutschland wegen gefährlicher Körperverletzung. In drei Monaten soll eine Anklage stehen, sagt Staatsanwalt Lückemann. Der NPD-Landtagsmitarbeiter David Petereit vertreibt derweil über seinen Onlineshop in Anlehnung an das SPD-Portal ENDSTATION RECHTS für 14 € T-Shirts mit dem Aufdruck „Endstation Pölchow“. Ein Käufer trug das Hemd bei einem Aufmarsch in Hamburg am 1. Mai bei dem es zu gewalttätigen Angriffen durch Neonazis auf Journalisten, Polizei und GegendemonstrantInnen kam. Auch nach der Demonstration schlugen Rechte zu - in einem Zug in Bad Kleinen. ■

von Heike Kleffner

Zwei Neonazi-Gruppen weniger

Der „Schutzbund Deutschland“ ist nun endgültig verboten. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte am 29. Juli die Entscheidung des Potsdamer Innenministeriums aus dem Jahr 2006. Die brandenburgische Organisation unterhielt auch Kontakte nach Mecklenburg-Strelitz und Neubrandenburg und fiel hier insbesondere durch massive Verteilaktionen extrem rassistischer und nationalsozialistischer Flugblätter auf.

Der „Kampfbund deutscher Nationalsozialisten“ (KDS) löste sich hingegen Ende Juli selbst auf. Die Splittergruppe begründete dies mit dem Scheitern ihrer sogenannten Querfrontstrategie. Der KDS versuchte zehn Jahre lang, antikapitalistische Linke und Nationalsozialisten zusammenzuführen. Bundesgeschäftsführer war der Wolgaster Andreas Kühn.

Fackeln für Hitlers Stellvertreter

In Mecklenburg-Vorpommern fanden am 17. August, dem Todestag des „Stellvertreters des Führers“ Rudolf Heß, zwei unangemeldete und angeblich spontane Aufmärsche statt. In Neustrelitz zogen unter den Lautsprecheransagen des NPD-Kreisvorsitzenden Marco Zimmermann und des Burg Stargarder Gemeindevertreters Norman Runge etwa 60 Neonazis mit Transparenten durch ein Neubauviertel. Als die Polizei den Zug stoppen wollte, kam es zu Handgreiflichkeiten mit den Beamten. In Ueckermünde versuchten etwa 250 Neonazis mit brennenden Fackeln in die Innenstadt des Ortes zu gelangen. Der Aufmarsch wurde durch die Polizei gestoppt. In Rostock und Schwerin sprühten Neonazis Parolen mit Bezug zu Rudolf Heß an Häuserwände. In Loitz im Landkreis Demmin wurden Flugblätter verteilt.

Comic

Ein neuer Comic mit Titel „Jetzt re(i)chts in Sachsnitz“ über rechte Gewalt in einer fiktiven Kleinstadt gibt es ab jetzt an LOBBI-Infoständen oder kann unter www.sachsnetz.de bestellt werden. Herausgeber ist u.a. der sächsische Beratungsverein für Opfer rechter Gewalt AMAL, dessen Förderung im März eingestellt wurde.

Aktuelles, weitergehende Hintergrundinformationen, Beratungsangebote und mehr zum Thema rechter Gewalt finden Sie auf :

www.lobbi-mv.de

BERATEN
STÄRKEN
INFORMIEREN

Die LOBBI berät nach rechten Angriffen Betroffene, Angehörige oder ZeugnInnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung. Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenenengruppen und fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit.

Sind Sie selbst von rechter Gewalt betroffen? Haben Sie Angriffe beobachtet oder davon gehört? **Ihre Mitteilung kann helfen** den Betroffenen unser Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Außerdem können wir so das Ausmaß dieser Attacken dokumentieren.

Sie können unsere Arbeit durch **Ihre Spende** fördern. Spenden sind steuerlich absetzbar. Eine entsprechende Bescheinigung stellen wir Ihnen gerne aus.

Ost ↔ West - Transfers

Der Musik-Sampler SHOUT IT OUT ist eine Compilation gegen Rassismus von Gruppen und Initiativen aus Nordrhein-Westfalen. Die CD beinhaltet eine Vielzahl von Musikstilen sowie Informationen und Beiträge der MusikerInnen im Beiheft. Mit einem Teil des Erlöses wollen die Organisatoren die Arbeit der LOBBI unterstützen. Vielen Dank!

Seit Januar 2008 ist beim brandenburgischen Verein OPFERPERSPEKTIVE ein neues Rechercheprojekt angesiedelt, das Monitoring-Ansätze im Feld rechts motivierter Gewalttaten sowie nicht-staatliche Beratungsangebote für Opfer solcher Angriffe in Polen und Deutschland untersucht. In Zusammenarbeit mit der polnischen Organisation NIGDY WIĘCEJ (Nie Wieder) wird die Studie im September in Warschau ausgewertet. Die LOBBI wird an der Kooperationskonferenz „Intolerance Kills - Monitoring of Hate Crimes and Victim Support in Poland and Germany“ teilnehmen.

Professionelle Opferberatungsangebote speziell für Betroffene rechter Gewalt sind bislang nur in den neuen Bundesländern zu finden. Gemeinsam mit anderen Partnerprojekten beteiligt sich die LOBBI deshalb im Oktober an einer Weiterbildung und einem Erfahrungsaustausch für interessierte Gruppen und Institutionen aus Westdeutschland.

LOBBI

Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Unsere Regionalbüros:



LOBBI West
Hermannstraße 35
18055 Rostock
mobil: 0170 528 2997
Fon: 0381.200 93 77
Fax: 0381.200 93 78
west@lobbi-mv.de

LOBBI Ost
Tilly-Schanzen-Strasse 2
17033 Neubrandenburg
Mobil: 0160.8442189
Telefon: 0395.4550718
Fax: 0395.4550720
ost@lobbi-mv.de

Unser Spendenkonto:

LOBBI
Ostseesparkasse Rostock
Kontonr.: 205040 594
BLZ: 130 50 000

LOBBI wird gefördert durch:

**Mecklenburg
Vorpommern**
Ministerium für Soziales
und Gesundheit

